

1 **Thema: Armut**

2 **Die Armut in NRW überwinden**

3 Die stetige Erhöhung von Massenerwerbslosigkeit und die ständige Zunahme unsicherer
4 Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmungsprozesse in den
5 Kommunen. In zahlreichen Städten in NRW leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von
6 Bürgergeld beziehungsweise Grundsicherung. Besonders betroffen sind alleinerziehende
7 Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner:innen sowie Menschen mit internationaler
8 Familiengeschichte. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie die materielle
9 Armut. Aktuelle Statistiken sprechen davon, dass jetzt schon jedes 4. Kind in Armut aufwächst.
10 In vielen Stadtteilen des Ruhrgebiets sind es bis zu 50%.

11 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute nicht zum Ausstieg aus
12 der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Bürgergeld-Bezug verlassen, ist eine
13 Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsgrenze verbunden. Ein
14 arbeitsmarktpolitischer Skandal ist, dass trotz gesetzlichem Mindestlohn ein Viertel aller
15 Bürgergeld-Beziehenden aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn
16 zum Leben nicht ausreicht.

17 Deshalb fordert Die Linke

- 18 - Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.250 Euro statt Bürgergeld.
- 19 - Ein individueller Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die
20 Menschenwürde und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können.
- 21 - Einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch gemäß der Inflation
22 erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut.
- 23 - Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit
24 Behinderung und Praktika muss gestrichen werden.
- 25 - Lohnzuschläge dürfen Unternehmen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden.

26 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

27 Das Bürgergeld-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler
28 Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich
29 einzuschränken oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen um Menschen, die von
30 Armut betroffen sind, Anteil haben zu lassen.

31 Wir kämpfen besonders auf kommunaler Ebene für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

32 Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler
33 Ebene. Auch wir engagieren uns entsprechend in vielen Orten und sind nicht bereit, uns mit den
34 unzureichenden Beratungen in den Jobcentern und dem oftmals fragwürdigen Umgang mit den
35 zu beratenden Menschen abzufinden.

36 Derzeit gibt es viele Sozialberatungsstellen in NRW, die durch geschulte Mitglieder der Partei
37 Die Linke durchgeführt werden. Dort können Menschen, die im Leistungsbezug sind, Hilfe
38 bekommen.

39 Politisch agieren wir gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die
40 Überwindung der Armut. Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze und eine tarifliche
41 gesicherte Entlohnung, die zum wirklichen Leben reicht.

42 Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau wird sich in den Kommunen besonders auch
43 durch weiter sinkende Kaufkraft zeigen. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein
44 Kurswechsel eingeleitet werden. öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme sind ein
45 Beitrag hierzu.

46 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- 47 - Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Fünfzig-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
48 Beschäftigung in allen ihren Formen wollen wir beenden. Stattdessen müssen ausschließlich
49 tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die aufstockende
50 Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- 51 - Die Übernahme der Wohnkosten (KDU)) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am
52 Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender
53 örtlicher Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen
54 werden. Zwangsumzüge wollen wir für unzulässig erklären.
- 55 - Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
56 Kommunen sollen verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im
57 Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- 58 - Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb
59 des Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
60 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglichen.
- 61 - Mitbürger:innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf
62 kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder
63 einzugliedern, erwarten wir von den Kommunen ein Angebot von Beratung, Begleitung und
64 ein bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern.
- 65 - Die Linke möchte edas System von „Streetworkern“ schaffen, bzw. ausbauen. Auch bei
66 vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen die Kommunen menschenwürdige und
67 kostenlose Schlafgelegenheiten anbieten.